

Halberstadt, 16. Juni 2022

## **Niederschrift**

**über die 78. Sitzung des Arbeitskreises der Haupt- und Personalamtsleiter/innen (Nord) am Mittwoch, 15. Juni 2022, Ratssitzungssaal des Rathauses Halberstadt, Halberstadt, Holzmarkt 1, 38820 Halberstadt**

Beginn: 10:00 Uhr

Ende: 13:50 Uhr

### **Anwesenheit:**

Landeshauptstadt Magdeburg: Mittendorf, Regina

SGSA: Liebenehm, Heiko, Thurmann, Elke

Stadt Quedlinburg: Goldbeck, Marion

Stadt Bernburg (Saale): Hohl, Klaus

Stadt Halberstadt: Kuschel, Peter

Stadt Wernigerode: Radünzel, Roy

Hansestadt Salzwedel: Holz, Matthias

Stadt Staßfurt: Achilles, Riccardo

Stadt Schönebeck (Elbe): Baudisch, Markus

Gemeinde Möser: Krawzoff, Christel

Stadt Blankenburg: Wecke, Manja

Hansestadt Stendal: Kleefeld, Axel

Wasser- und Abwasserzweckverband Bode-Holtemme: Vogelsang, Astrid

Herr Daniel Szarata, Oberbürgermeister der Stadt Halberstadt, begrüßt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der heutigen Beratung. Zur heutigen Tagesordnung spricht er davon, dass in der heutigen Zeit die Personalgewinnung in den Kommunen schwierig sei. Genauso schwierig ist aber auch, das vorhandene Personal zu halten.

### **1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Tagesordnung**

Die Vorsitzende des Arbeitskreises Frau Mittendorf begrüßt die Teilnehmenden der 78. Sitzung des Arbeitskreises und stellt fest, dass die Einladung ordnungsgemäß erfolgt ist. Zur Tagesordnung gibt es keine Ergänzungs- oder Änderungswünsche. Die Tagesordnung wird somit in vorliegender Form bestätigt.

## **2. Genehmigung der Niederschrift über die 77. Sitzung am 03.11.2021 in Haldensleben.**

Die Niederschrift über die 77. Sitzung des Arbeitskreises der Haupt- und Personalamtsleiter/-innen (Nord) am 03.11.2021 in Magdeburg wird von den Anwesenden genehmigt.

## **3. Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung**

### **3.1 Sachstand**

Herr Liebenehm führt aus, dass bisher wenig Erfolge in der Digitalisierung zu verzeichnen sind. Es gab mehr Hoffnungen auf die neue Landesregierung. Ein gemeinsames Konzept zur Digitalisierung in Sachsen-Anhalt fehlt bisher. Die Mehrzahl der Dienstleistungen, die den Einwohnern gemäß OZG digital zur Verfügung gestellt werden sollen, gehören zum übertragenen Wirkungskreis, hier muss die Finanzierung durch das Land geklärt werden. Bis Ende 2022 sollen 575 Onlinedienste verfügbar sein.

Im Zeitraum 2022 – 2026 wurden Mittel für Digitalisierung in den Landeshaushalt eingestellt, pro Jahr ca. 23 Mio EUR.

Der Prozess der Standardisierung muss vorangetrieben werden. Es müssen gemeinsame Lösungen für alle Kommunen im Rahmen des OZG gefunden werden. Dafür fehlt bisher die Bereitschaft des Landes.

Das Land hat die KITU als Dienstleister für das OZG in Frage gestellt und will neben der KITU eine Anstalt öffentlichen Rechts schaffen. Hier gäbe es bereits ein Beispiel in Schleswig-Holstein. Diesem Beispiel – so Herr Liebenehm – sollte nicht gefolgt werden, sondern statt dessen die KITU gestärkt werden. Die Leistungen der KITU können als ausreichend bezeichnet werden, um die Digitalisierung voranzutreiben. Das Land hält aber trotzdem an seinem Vorhaben zur Gründung einer AöR fest. Ein Zwischenschritt soll die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft aus Kommunen und Land sein.

Die Finanzierung dieser AG ist bisher offen und der SGSA steht diesem Vorhaben kritisch gegenüber. Dafür würde der SGSA dafür plädieren, dass das Land KITU-Mitglied würde. Das Land tut sich aber bisher schwer damit, die KITU-Mitgliedschaft zu erwerben.

Weiterhin sollen lt. Vorgabe des Landes 80 % der Kommunen Mitglied in der KITU sein, bisher seien es ca. 60 %. Die drei kreisfreien Städte sollen ebenfalls in der KITU vertreten sein. Magdeburg ist bereits Gesellschafter. Herr Liebenehm fasst aber zusammen, dass sich die KITU weiterentwickeln muss und mehr Lösungen auch für kleinere Kommunen anbieten soll.

Zum Sachstand OZG führt Herr Liebenehm weiter aus, dass ein OZG 2.0 auf den Weg gebracht werden soll. Bisher sind in den Kommunen noch nicht alle Onlinedienste verfügbar. Der IT-Planungsrat will das OZG 2.0 installieren, die Mittel des Bundes für das OZG 1.0 sind bisher aber noch nicht bei den Kommunen angekommen.

Es sollen Onlinedienste priorisiert werden, die auch vom Bürger angenommen werden. Verschiedene Onlinedienste sollen bereits ab 2022 verfügbar sein.

Es gibt verschiedene Lösungsansätze:

1. Webshop für Onlinedienste
2. Genossenschaft IT-Dienstleister

Für die online zur Verfügung gestellten Lösungen müssen gesetzliche Regelungen angepasst werden, bisher ist dies nicht erfolgt. Herr Liebenehm sieht die Priorität bei Gewerbe und Einwohnermeldewesen.

Die Forderung des SGSA lautet deshalb, eine institutionalisierte Zusammenarbeit Land und Kommunen zu gewährleisten. Gespräche dazu laufen bereits seit November 2021, bisher gab es wenige Ergebnisse.

Durch Herrn Radünzel wird dargestellt, dass verschiedene Kommunen mit dem Land im Gespräch sind. Vom Land wurde im Gespräch geäußert, dass die kommunalen Spitzenverbände die Digitalisierung verhindern.

Diesem widerspricht Herr Liebenehm. Er informiert über ein Gespräch im Land, wonach angekündigt wurde, dass das Land eine Portaldienst-VO schafft. Der SGSA hat Forderungen gegenüber dem Land gestellt, einheitliche Lösungen und dafür günstige finanzielle Möglichkeiten zu schaffen.

Herr Radünzel teilt mit, dass die Stadt Wernigerode auch Mitglied der KITU und nicht immer zufrieden mit den Leistungen sei. Er sieht es als wichtig an, dass die KITU gestärkt wird. Diesem stimmt Herr Liebenehm zu. Er sieht die Schwerpunkte in der Arbeit nicht nur im Einkauf von Software.

Herr Hohl sieht die KITU z. T. überlastet, da die Gesellschaft zu schnell gewachsen ist. Fachverfahren würden durch Kommunen z. T. über andere Anbieter angekauft.

Die Umsetzung des OZG sieht Herr Hohl aufgrund fehlender Vorgaben vom Land als schwierig an. Er teilt mit, dass verschiedene Anbieter wie Brain SCC Lösungen dazu anbieten.

Frau Mittendorf spricht sich dafür aus, dass in den Verwaltungen die Leistungen medienbruchsfrei angeboten werden müssen. Sie gibt als Beispiel das elektronische Behördenpostfach und die Zusammenarbeit mit der Justiz. Hier gibt es Probleme, da die Justiz teilweise Schriftstücke, die in das elektronische Behördenpostfach verschickt werden, noch in Papierform abfordert. Die Frage der Wirtschaftlichkeit wird angesprochen. Sie sieht auch Probleme bei der KITU. Aufgrund des Beitritts weiterer Kommunen ist die KITU auch personell an ihre Grenzen gestoßen.

### 3.2 Gemeinsame Sitzung mit dem Arbeitskreis Strategie und Steuerung der KITU

Herr Liebenehm schlägt vor, dass eine gemeinsame Sitzung des Arbeitskreises Haupt- und Personalamtsleiter und Arbeitskreis Strategie und Steuerung der KITU stattfinden soll.

Terminvorschlag: 28.09.2022 in Nachterstedt.

Themen sollen u.a. die Weiterentwicklung der KITU und der Schulterschluss der IT-Dienstleister sein.

Herr Kleefeld sieht die Probleme der KITU im Wachstum der Gesellschaft begründet. Er gibt als Beispiel, dass die Stadt Stendal von der KITU ein DMS gekauft hat. Probleme gibt es u.a. bei der Umsetzung in der Verwaltung und der notwendigen Schulung der Mitarbeiter. Er sieht aber auch, dass die Verwaltung personell am Limit arbeitet. Es war u.a. durch Corona ein hoher Krankenstand zu verzeichnen, sodass Schulungen – auch durch die Hygienevorschriften – schwer zu organisieren waren.

Bei der Umsetzung des OZG sieht es Herr Kleefeld als wichtig, mit bestimmten und nachgefragten Dienstleistungen zu beginnen u.a. Parkausweise.

Durch Frau Mittendorf wird vorgeschlagen, diese Themen in der Beratung am 28.09.2022 anzusprechen. In den Onlinediensten sollten Leistungen angeboten werden, die auch umsetzbar sind.

Herr Liebenehm fasst zusammen, dass die Stärkung der KITU wichtig ist. Herr Kleefeld sieht die Wichtigkeit der KITU u.a. bei der Vereinfachung von Vergabeverfahren und dem Abschluss von Rahmenverträgen.

### 3.3 Weiterbildung der Beschäftigten

Herr Liebenehm spricht davon, dass das Personal in den Kommunen wichtig für die Digitalisierung ist. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen entsprechend geschult werden. Von der HS Harz liegt ein Angebot zu einem Dualen Studiengang Verwaltungsdigitalisierung ab 2022 vor. Weiterhin gibt es Schulungsangebote der SIKOSA und der Hochschule Stendal. Mit der Schulung von Mitarbeitern sollen Multiplikatoren in den Verwaltungen für Digitalisierung geschaffen werden. Herr Liebenehm spricht das Beispiel Sachsen an, hier werden Digitallotsen ausgebildet. Es gibt Überlegungen des SGSA dazu, diese Ausbildung über die SIKOSA anzubieten. Dazu ist allerdings die Finanzierung zu klären.

#### **4. Entwurf für ein Landesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 2022; Sachstand**

Frau Thurmman informiert dass das Land einen Gesetzentwurf für ein Landesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 2022 zur Diskussion gestellt hat.

Inhalt u.a

- a) Erhöhung der Bezüge um 2,8 % zum 01.12.2022
- b) Erhöhung der Anwärterbezüge
- c) Zahlung einer Zulage zur Verhinderung der Abwanderung von Personal

Die Forderungen des SGSA zu diesem Gesetz u.a. Erhöhung der Wegstreckenentschädigung wurden nicht berücksichtigt. Ebenso ist der Vorschlag, das Fahrradleasing auch für Beamte anzubieten, negativ vom Land beschieden worden. Abgelehnt wurde ebenso der Vorschlag, dass bei unvollendeter Amtsperiode die Versorgungslücke der Hauptverwaltungsbeamten geschlossen werden sollte.

Die Lesung des Gesetzes muss zügig erfolgen, wenn es zum 01.12.2022 in Kraft treten soll.

Frau Mittendorf spricht an, dass eine Zulage bei Übertragung höherwertiger Aufgaben auch an Beamte gezahlt werden sollte. Dies erfolgt bisher nur beim Bund und anderen Bundesländern. Sie sieht dies als wichtige Motivation für die Mitarbeiter an.

Durch Herrn Liebenehm wird informiert, dass die Zulage im Land Sachsen-Anhalt aufgrund der Haushaltskonsolidierung gestrichen wurde. Das Thema sollte aber beim Land nochmals ins Gespräch gebracht werden.

#### **5. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Beamtengesetzes des Landes Sachsen-Anhalt; Sachstand**

Frau Thurmman informiert zum Sachstand. Eine schriftliche Stellungnahme des SGSA wurde dem Land zugeleitet. Darin wurde u.a. das verpflichtende Gesundheitsmanagement für Beamte abgelehnt.

Vom Land wurde vorgeschlagen, die Beförderungsmindestzeit zu verdoppeln, dagegen spricht sich der SGSA aus.

Die erste Anhörung zum Gesetzentwurf fand am 18.05.2022 statt, der Entwurf wurde in die Ausschüsse verwiesen.

Am 02.06.22 gab es die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses und am 08.06.22 die Empfehlung des Rechtsausschusses.

Durch Frau Thurmman wird zu einzelnen Paragraphen ausgeführt:

§ 8a Ausnahmeregelung Altersgrenze – bleibt wie im Gesetz vorgesehen

§ 9 Pflicht zur Stellenausschreibung

§ 21 Dienstliche Beurteilung – Zeitraum von drei Jahren verpflichtend  
§ 23 Arbeitszeit bei dienstlichen Erfordernissen

Der Beschluss soll zeitnah gefasst werden.

Bei der Beurteilung von Beamten im Land Sachsen-Anhalt spricht Frau Thurmann davon, dass es im Land ca. 2.800 Beamte im kommunalen Bereich gäbe. Sie fragt nach den Erfahrungen der Teilnehmer zu diesem Thema.

Herr Achilles informiert, dass in Stassfurt nur 2 Beamte tätig sind, Beurteilungen haben nie ein Problem gebildet.

Durch Herrn Kleefeld wird dargestellt, dass es eine Beurteilungsrichtlinie für Beschäftigte in seiner Kommune gibt. Die Beamtenbeurteilungen erfolgen analog.

Frau Mittendorf teilt mit, dass in der Stadt Magdeburg 600 Beamte tätig sind. Bisher wurden diese alle zwei Jahre beurteilt. Sie verweist darauf, dass die aktuelle Beurteilungsrichtlinie des Landes aufgehoben wurde.

Durch Herrn Radünzel wird informiert, dass die Beschäftigten der Hauptberuflichen Wachbereitschaft verbeamtet werden. Er regt an, dass es Empfehlungen der kommunalen Spitzenverbände zu Beurteilungen geben sollte. Dazu informiert Frau Thurmann, dass der SGSA evtl. Beurteilungsrichtlinien erarbeiten wird und diese dann den Mitgliedern zur Verfügung stellt. Herr Liebenehm ergänzt, dass die Beurteilungsrichtlinie in einer Verordnung geregelt werden muss.

## **6. TV-Fahrradleasing Sachstand und Erfahrungsaustausch**

Frau Thurmann führt aus, dass angeregt wurde, Fahrradleasing auch Beamten anzubieten; sie fragt allgemein, wie das Fahrradleasing in den Kommunen angenommen wurde.

Herr Holz teilt mit, dass in Salzwedel wenig Nachfrage zum Fahrradleasing bestand.

Frau Goldbeck spricht davon, dass es gezielte Nachfragen gab und der Personalrat und eine Dienstvereinbarung erarbeiten will.

Von Herrn Kuschel wird mitgeteilt, dass das Angebot den Beschäftigten online unterbreitet wurde. 9 Verträge wurden abgeschlossen, 4-5 Nachfragen sind noch offen.

Herr Kuschel schätzt ein, dass das Fahrradleasing finanziell nicht attraktiv für die Beschäftigten ist.

Herr Hohl teilt mit, dass es eine Interessenabfrage gab, 4 Beschäftigte haben ihre Bereitschaft angezeigt, dies hat sich inzwischen aber erledigt.

Frau Wecke spricht ebenfalls davon, dass das Fahrradleasing keinen Anreiz darstellt. Es gab in Blankenburg 10 Mitarbeiter, die interessiert sind, die Bearbeitung stellt aber einen hohen Aufwand dar.

Herr Kleefeld: Es gab eine Abfrage in der Belegschaft, von 600 Mitarbeitern haben 17 ihr Interesse bekundet.

Herr Achilles: Bei 250 Beschäftigten gab es 1 Nachfrage. Es wurde aber kein Vertrag abgeschlossen.

Herr Radünzel: In Wernigerode gab es bei 250 Beschäftigten 50 Nachfragen. Aufgrund des hohen Aufwandes konnten aber bisher keine Verträge abgeschlossen werden.

Von Frau Vogelsang wird informiert, dass es bei 66 Mitarbeitern 2 Interessenten für das Fahrradleasing gab.

Durch Frau Mittendorf wird mitgeteilt, dass es eine Onlinebefragung unter den Beschäftigten gab, 284 MA haben ihr Interesse bekundet. Gegenwärtig wird die Ausschreibung vorbereitet.

Von Herrn Hohl wird zu bedenken gegeben, dass die Frage der dienstlichen oder privaten Nutzung der E-Bikes geklärt werden müsste.

## **7. Erfahrungsaustausch zur aktuellen Personalsituation in den Kommunalverwaltungen; Sachstand, Strategien zur Personalgewinnung und -entwicklung**

Frau Thurmann ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Durch Herrn Achilles wird darauf verwiesen, dass der Arbeitsmarkt zurzeit sehr angespannt sei. Er verwies auf den hohen Altersdurchschnitt in den Verwaltungen. Es ginge u.a. darum, den Auszubildenden eine Perspektive in der Verwaltung zu geben. Es werden aber von anderen Verwaltungen Auszubildende mit besseren Entgeltgruppen abgeworben. Besonders schwierig erweist sich die Besetzung von Technikerstellen.

Herr Radünzel teilt mit, dass im Wesentlichen keine Personalprobleme bestünden, verweist aber auf die Anziehungskraft von Wernigerode. Es könnten auch Mitarbeiter aus Landkreisen und anderen Verwaltungen gewonnen werden. Ein Einsatz der eigenen Auszubildenden nach bestandener Prüfung ist ebenfalls möglich.

Frau Kranzoff informiert, dass Ausschreibungen oftmals keinen Erfolg bringen, da die Eingruppierungen zu niedrig seien. Die Mitarbeiter gehen lieber zum Land bzw. Landkreisen.

Herr Holz schlägt vor, dass bei Stellen mit niedrigeren Entgeltgruppen auch auf andere Ausbildungsberufe wie Steuerfachangestellte und Bürokaufleute ausgewichen werden sollte. Er sieht auch die Probleme bei der Besetzung von Technikerstellen wie im Bau- und IT-Bereich. Der Einsatz von Auszubildenden gestaltet sich aber schwierig, da wenig geeignete Bewerber vorhanden sind.

Frau Vogelsang spricht davon, dass gute Erfahrungen mit der Arbeitsmarktzulage gemacht wurde. Sie informiert, dass Teilzeitbeschäftigung immer mehr zunimmt.

Von Frau Mittendorf wird mitgeteilt, dass in Magdeburg ein Personal- und Organisationsmanagementbericht erstellt wurde, danach sind zurzeit 8 % der Stellen unbesetzt. Es gibt auch hohe Belastungen durch Krankheit und Elternzeit. Die bei der Stadt ausgebildeten Auszubildenden können zu 90 % übernommen werden. Es sind drei Mitarbeiter für die Betreuung der Auszubildenden zuständig. Die Übernahme wird leistungsabhängig geregelt.

Sie regt weiterhin an, Schwerbehinderte in den Arbeitsprozess einzugliedern, dies gelinge in Zusammenarbeit mit der Schwerbehindertenvertretung. Derzeitig sind 7-8 % Schwerbehinderte in der Stadt Magdeburg tätig.

Ausschreibungen der Stadt blieben oftmals ohne Ergebnis. Es wurden hier neue Wege beschritten, u.a. Radiowerbung. Veröffentlichungen von Stellenanzeigen in Printmedien sieht Frau Mittendorf als nicht mehr zeitgemäß an. Es sollten mehr Angebote in Social Media veröffentlicht werden. Dauerausschreibungen gibt es beispielsweise im Erzieherbereich.

Frau Wecke informiert, dass es auch in Blankenburg Dauerausschreibungen u.a. für Ingenieurstellen gibt.

## **8. Aktuelle Mitteilungen der Landesgeschäftsstelle**

Herr Liebenehm teilt mit, dass der Verordnung zur rückwirkenden Besoldung von Hauptverwaltungsbeamten beschlossen wurde und am 01.07.2022 in Kraft tritt. Zur Ernennung ist kein Beschluss des Stadtrates notwendig, sondern nur die Ausfertigung einer Ernennungsurkunde. In der Ernennungsurkunde ist die Besoldungsgruppe zu benennen.

Herr Hohl verweist darauf, dass eine rückwirkende Ernennung nach Beamtenrecht nicht möglich ist.

Frau Mittendorf sieht die Ernennung mit Aushändigung der Ernennungsurkunde als gegeben an.

Zur Aufwandsentschädigung teilt Herr Liebenehm mit, dass es eine Stellungnahme des SGSA bis zum 16.06.2022 geben wird.

## **9. Anfragen und Anregungen der Arbeitskreismitglieder, u.a.**

9.1 Wurden in den Kommunen bereits Gefährdungsbeurteilungen vorgenommen und entsprechende Dienstvereinbarungen mit dem Personalrat erlassen?

Wie erfolgt die Umsetzung der Gefährdungsbeurteilungen?

*Anfrage Gemeinde Möser – zum Erfahrungsaustausch an die Arbeitskreismitglieder*

Frau Kranzoff teilt mit, dass es in der Gemeinde Möser keine eigene Sicherheitsfachkraft gibt. Die Thematik wird in Zusammenarbeit mit dem BAD bearbeitet.

Zur Gefährdungsbeurteilung fragt sie, ob eine Dienstvereinbarung mit dem Personalrat abzuschließen sei. Dies verneint Frau Mittendorf, da es gesetzliche Regelungen zur Gefährdungsbeurteilung gibt. In Magdeburg sind zwei Fachkräfte für Arbeitssicherheit tätig, sie regt eine Zusammenarbeit mit der Gemeinde Möser an.

Durch Herrn Kuschel wird informiert, dass die Arbeitssicherheitsfachkraft in Halberstadt die Gefährdungsbeurteilung gemeinsam mit dem jeweiligen Leiter vorbereitet.

9.2 Wurden in den Kommunen Migrationsberäte gemäß §§ 79, 80 KVG LSA gebildet?

Wenn ja, wurden bereits entsprechende Satzungen erlassen?

*Anfrage Gemeinde Möser – zum Erfahrungsaustausch an die Arbeitskreismitglieder*

Frau Kranzoff fragt, ob es in anderen Kommunen Migrationsbeiräte u.a. für die Begleitung der ukrainischen Flüchtlinge gibt.

Von Frau Mittendorf wird informiert, dass in Magdeburg ein Migrationsbeirat tätig ist.

Weiterhin fragt Frau Kranzoff nach der Änderung des Bestattungsgesetzes. Dazu informiert Herr Liebenehm, dass ein Entwurf im Landtag vorliegt, die Inhalte sind jedoch noch nicht bekannt.

Frau Goldbeck spricht das Thema Reinigung der Verwaltungsgebäude an. In Quedlinburg wird dies in Fremdreinigung erledigt, dies bereitet aber viele Probleme. Herr Radünzel sieht die Reinigung der Gebäude durch eigene Mitarbeiter positiv, es würde bessere Qualität durch eigene Mitarbeiter erreicht.

Frau Wecke teilt mit, dass die Reinigungsleistungen ausgeschrieben sind, da sich die Reinigung mit eigenen Mitarbeitern als schwierig erweist.

Ebenfalls Frau Goldbeck spricht die Thematik Förderung von Schul-IT für Admins an. Es gäbe nur Fördermittel für neu eingestelltes Personal. Herr Hohl verweist darauf, dass die Kommunen nicht für die IT der Lehrer verantwortlich sind. Es könnte auch keine Betreuung der Lehrer-Hardware durch die Kommunen erfolgen.

Herr Hohl fragt zum Eintrittsalter von Mitarbeitern der Feuerwehr in den Ruhestand. Beamte im Einsatzdienst könnten mit 60 Jahren in den Ruhestand gehen, bei Beschäftigten wäre ein späterer Zeitpunkt vorgesehen.

Herr Radünzel schlägt die Schaffung von „Maschinenstellen“ für Beschäftigte über 60 vor, diese könnten dann als Fahrer der Einsatzfahrzeuge eingesetzt werden.

Von Herrn Radünzel wird die Personalsoftware LOGA angesprochen. P & I macht Druck, weitere Lizenzen zu erwerben. Derzeitig gibt es aber auch keine Lösung über die KITU.

Durch Frau Mittendorf wird informiert, dass eine Ausschreibung zu Personalsoftware über eine Cloudlösung in Vorbereitung ist.

Frau Goldbeck informiert, dass derzeitig auch LOGA genutzt wird, es aber Überlegungen zu einer Rechenzentrumsvariante gäbe. Herr Kuschel teilt mit, dass Halberstadt ebenfalls LOGA verwendet.

**10. Zeit und Ort der nächsten Sitzung.**

Die nächste Sitzung des Arbeitskreises findet am **28. September 2022** in Nachterstedt statt.

gez.

Regina Mittendorf

Vorsitzende des Arbeitskreises



*der Sitzung des Arbeitskreises Haupt- und Personalamtsleiter/-innen (Nord)  
am Mittwoch, 15. 6. 2022, in Halberstadt*

Seite 9 von 9